

Aus der Vorstandssitzung

1. August 2001

Nach der Begrüßung durch den Präsidenten erfolgten in geschlossener Sitzung des Vorstandes Personalgespräche zur Besetzung der Stelle „Referent Presse-/Öffentlichkeitsarbeit“.

Anschließend wurde nach der Diskussion und einer Korrektur das Protokoll der 24. Vorstandssitzung bestätigt.

Nach den Regularien steht an vorderster Stelle die Diskussion um die gesundheitspolitische Lage. Der Präsident führt aus, dass trotz „Sommerloch“ die Diskussion um die Gesundheitsreform sehr kontrovers verläuft. Die Taktik des Bundeskanzlers weist auf, dass die Gesundheitsreform erst nach der Bundestagswahl 2002 erfolgen wird. Die Gesundheitsministerin, Frau Ulla Schmidt, hat einen umfangreichen Fragenkatalog zusammengestellt. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat den Grundkonflikt zwischen Grundlohnsummenabhängigkeit und Verfügbarkeit aller Leistungen unter Qualitätskontrolle scharf dargestellt. Die Politik bedient sich eines Kunstgriffes, indem sie das Problem auf die Leistungserbringer abschiebt und behauptet, die Finanzkrise wäre durch Integrationsmodelle zu lösen.

Die Bundesärztekammer hat in ausführlichen und schweren Diskussionen zwischen Neoliberalisten und Traditionalisten ein Papier zur GKV-Reform erstellt, welches in die Arbeit am Runden Tisch der Gesundheitsministerin einfließen wird. Dieses Papier weist zwei Optionen auf:

Option 1 befasst sich mit der Erweiterung der Beitragsbemessungsgrenze und Überwindung der Finanzkrise durch die Begrenzung der GKV-Leistungen auf das medizinisch Notwendige.

Option 2 stellt eine Überwindung des Systems dar. Die Versicherungspflicht wird obligatorisch. Für die Kassen besteht ein Kontrahierungszwang. Für den Patienten besteht Wahlfreiheit in den Leistungen. Jedoch wird auch hier die Solidarität nicht aufgegeben.

Die Diskussion leitete unmittelbar über zu den Aufgaben des Bündnis Gesundheit 2000 im Freistaat Sachsen. Es wird in der zweiten Septemberhälfte eine Arbeitssitzung des Bündnis Gesundheit 2000 stattfinden, bei der es vor allem um die Auseinandersetzung mit den Grundsatzpapieren der Parteien und Körperschaften gehen wird.

Im Anschluss an die gesundheitspolitische Problematik stand – auch in Vorbereitung auf die 25. Kammerversammlung – ein ethisches, uns alle bewegendes Thema zur Diskussion: **Sterbebegleitung versus Sterbehilfe.**

Der Präsident sprach einleitende Worte zur spezifischen deutschen Situation und betonte die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens. Drei Vorstandsmitglieder arbeiteten Vorträge zu diesem Thema aus. Es folgte eine verantwortungsvolle und tiefgelotete Aussprache. Im Anschluss an die Kammerversammlung vom 10. November 2001 wird sicher ausführlich darüber berichtet werden.

In TOP 7 wurde sich mit einem Entwurf einer Musterverfahrensordnung der Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Haftpflichtstreitigkeiten zwischen Ärzten und Patienten beschäftigt. Die Schlichtungsstelle ist ein freiwilliges Angebot der Kammern. Die Verfahrensgestaltung ist frei. In der Musterverfahrensordnung sollen nun

bundesweit Mindestanforderungen realisiert werden. Herr Dr. Rainer Kluge, Vorsitzender der Schlichtungsstelle, stellte die sechs Eckpunkte vor und erläuterte sie sachkundig und anschaulich. Die Schlichtungsstelle wird ab 1. September 2001 umbenannt in „Gutachterstelle für Arzthaftpflichtfragen“.

Es wird ein Sachverständigenrat mit Verfahrensregularien in der Vereinbarung mit dem HUK-Verband beziehungsweise dem Kommunalen Schadensausgleich aufgenommen. Der Sachverständigenrat ist ein Gremium für komplizierte medizinische Fälle, welches der Gutachterstelle zur Entscheidungsfindung hilft bei bereits vorliegenden Gutachten.

Als nächstes berichtete Vorstandsmitglied Dr. Helmut Schmidt über die Vorbereitung des Deutsch-Polnischen Symposiums im September 2001 in Kreisau „Vergangenheit verstehen – Zukunft gestalten“. Der Präsident der Bundesärztekammer, Herr Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, und der Sozialminister, Dr. Hans Geisler, haben ihre Teilnahme zugesagt. Des Weiteren wurde beraten über die Vorbereitungen zur 17. Tagung der Vorsitzenden der Kreisärztekammern am 22. September 2001 und die Kammerversammlung am 10. November 2001.

Zum Abschluss wurde über die Haushaltsinanspruchnahme diskutiert. Es wird ein guter Halbjahresabschluss konstatiert.

Der Vorstand beendete seine Sitzung 23.00 Uhr.

Dr. Gisela Trübsbach
Vorstandsmitglied